



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Hermann, Karl: Die Streikbewegung in Österreich und die reichsdeutsche  
Presse

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Die Streikbewegung in Oesterreich und die reichsdeutsche Presse

Von Karl Hermann



Die jüngsten Ereignisse in Oesterreich konnten dem, der die österreichische Entwicklung verfolgt hatte, nicht viel Überraschung bieten. Schon seit dem vorigen Sommer beobachteten besonnene Sozialdemokraten in Oesterreich, wie der verstorbene Bernerstorfer, der bis zu seinem Ende seinen deutschen Jugendidealen treu geblieben ist, mit wachsender Besorgnis den zunehmenden Einfluß syndikalistischer Elemente innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie, die zum größeren Teile weder aus der Arbeiterschaft, noch aus dem eigentlichen Oesterreich hervorgingen. Jetzt kann man sogar in linksliberalen Zeitungen lesen, daß junge Handlungsgehilfen, Advokaten und sonstige nicht sehr wurzelfeste Existenzen oft sehr östlicher Herkunft mit ihrem Radikalismus die Massen mehr und mehr der Parteileitung abspenstig machen. Die Streiks, die schon im vorigen Sommer, damals vorwiegend in der nichtdeutschen Arbeiterschaft, hie und da aufstammten und damals noch von der Militärgewalt unterdrückt wurden, waren erste Anzeichen für das, was sich folgerichtig vorbereitete. Nicht minder freilich auch die immer heftiger werdende Sprache gerade der offiziellen Parteiorgane selbst, voran der „Arbeiterzeitung“, die dann selbst einigermaßen erstaunt tat über die Flamme, die sie mit angefacht hat. Natürlich hätten die radikalen Elemente nicht so erstarken können, wenn nicht die Massen so überaus ungeschickt behandelt worden wären. Die aufreizende Ohnmacht der Regierung gegenüber der Disziplinlosigkeit der Bevölkerung in den Ernährungsfragen, namentlich gegenüber dem passiven Widerstand der Tschechen, das vollkommene Versagen der Ernährungsorganisation hat den letzten Rest von Vertrauen auf die Behörden zerstört. Das Fehlen einer positiv wirkenden „großen“ Presse und die Enttäuschung, die der Reichsrat auch denen bereiten mußte, die ihn aufs dringlichste gefordert hatten, erzeugten bis zum einfachsten Mann hinunter das Gefühl, in einem gänzlich steuerlosen Schiff zu sitzen. Hatte man es von Anfang an daran fehlen lassen, der Bevölkerung irgendwelche Kriegsziele zu zeigen, die den Opfermut aufrecht erhalten konnten, so mußte man sich jetzt vollends nur dadurch zu helfen, daß man mit allen Mitteln verfrühte und übertriebene Friedenshoffnungen nährte. An sich ist gerade die niederösterreichische Bevölkerung wie die deutsch-österreichische überhaupt weit opferwilliger und ausdauernder, als sich der weiter abseits stehende Beobachter nach den letzten Ereignissen vorstellen mag. Nur wer die ganze lähmende Unsicherheit des österreichischen staatlichen Lebens erlebt hat, kann die moralische Kraft der Schichten ermessen, die trotz des Mangels jeder politischen Führung sich noch Vertrauen auf eine Neugestaltung des Staates und Verständnis für einen Sinn dieses Krieges über die bloße Rettung der Existenz hinaus bewahrt haben. (Wieviel Schuld an dieser Zerrüttung der Stimmung in Oesterreich die reichsdeutsche Öffentlichkeit trägt, soll noch besprochen werden.) Es hat keinen Zweck, diese ernststen Hemmungen, unter denen unsere gesamte Kriegführung nicht minder wie Oesterreich selbst leidet, zu vertuschen. Um so weniger, als der moralische Zustand der

Monarchie keineswegs ein Spiegelbild oder Ausdruck ihrer wirklichen Kräfte ist. In dieser Beziehung hat sich durch den Krieg nicht das mindeste geändert: der österreichische Pessimismus, die österreichische Verneinung des eigenen Wertes hat unsere Gegner nicht zum geringsten Teile zum Kriege ermutigt und dabei doch nur eine Summe von militärischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kräften verhüllt, die dann, las sie auf die Probe gestellt wurden, die siegesgewissen Feinde aufs Schmerzlichste enttäuschten. Auch jetzt wieder sind die großen Hoffnungen, welche die feindliche Presse auf die inneren Schwächen der Monarchie setzt, verfrüht, wenn sie etwa mit einem Zerfall der Monarchie rechnen. Nicht freilich, wenn sie bloß auf eine Schwächung der gemeinsamen Kriegführung der Mittelmächte zielen. Das ist ja das Eigentümliche einer solchen pessimistischen selbstverneinenden moralischen Verfassung: sie kann wohl schwächen und im Kampf schwer schädigen, muß aber schließlich doch weichen und den wirklichen, in der Tiefe vorhandenen Kräften Raum geben, wenn es ums Letzte und Ganze geht. Nur so sind auch diese letzten Vorgänge wieder zu verstehen, die man nicht ernst genug nehmen kann, wenn man an die Kriegführung denkt, die man aber auch nicht zu ernst nehmen darf, — wenn man ihre Folgen nicht noch schlimmer gestalten will. Es hat keinen Zweck, solche Erscheinungen etwa vor dem feindlichen Ausland verheimlichen zu wollen: damit werden sie für dieses noch bedeutsamer und tröstlicher. Vielmehr muß man über sie in aller Klarheit, aber mit genauestem Verständnis für jene eigentümliche österreichische moralische Verfassung sprechen und dabei sich auch nicht scheuen, die wirklich drohenden Gefahren beim Namen zu nennen.

Man sieht schon, worauf ich hinaus will. Es ist schwer zu entscheiden, was bei den letzten Vorgängen in Oesterreich schlimmer war: die Ereignisse selbst oder ihre Behandlung sowohl in Oesterreich als vor allem in Deutschland. Worum handelte es sich eigentlich? Eine sorgfältig genährte und seit dem Ausbruch der russischen Revolution von einer sehr besorgten Regierung durch ihre Unsicherheit ermutigte allgemeine Unzufriedenheit wird von entschlossenen Agitatoren, die mit marginalistischen Methoden die Welt zu erlösen hoffen, sowie von einigen Parteihäuptlingen, die für ihre Macht fürchten, ausgenützt. Die lange erwartete Gelegenheit ist besonders günstig. Die mit überspannten Erwartungen beobachteten Friedensverhandlungen werden durch die Abwehr eines „preußischen Generals“ gegen russische Ungehörigkeiten (von denen natürlich die österreichische Öffentlichkeit nicht unterrichtet worden ist) scheinbar aufgehoben und gleichzeitig wird der Mehlanteil herabgesetzt. Anlaß genug, um die Ungeduld der Massen aufs äußerste zu steigern. Bequeme Schlagworte (Nieder mit dem preußischen Militarismus, mit den Kriegsverlängerern, den Annexionisten), die längst mit allen Mitteln von einer nicht sehr verantwortungsbewußten, ihrem Publikum oder anderen mächtigen Faktoren willigen Presse „volkstümlich“ gemacht worden sind, erhalten neue Nahrung. Daß man mit diesem Streif gerade den Forderungen, die man mit ihm angeblich vertrat: Besserung der Ernährungsverhältnisse und Beschleunigung des Friedensschlusses, nicht im mindesten dient, sondern gerade entgegenwirkt, konnte natürlich auch den Anstiftern, den bewußten, wie den mehr oder minder unfreiwilligen, nicht verborgen bleiben. Aber auch die Regierung Seidler nimmt darauf nicht Bezug, so daß sogar ein pazifistisches Blatt, wie das „Prager Tagblatt“, das man unter keinen Umständen wird „alldeutsch“ nennen können, den

Eindruck hat, daß der Streik „gewissen Kreisen, die sonst durch Welten von einem Streiklager getrennt sind“, als Druckmittel gegen „bundesgenössische militärische“ Kreise nicht unwillkommen gewesen sei. Jedenfalls zählt man den entfesselten Leuten mit Liebenswürdigkeiten, die man in geradezu vertraulicher Weise (der Minister des Innern Loggenburg versichert, daß Czernin und Trozki sich auf ein Haar glichen) austauscht. Die Radikalen sind natürlich unbefriedigt, aber die Parteileitung erklärt stolz: der Kriegswille sei gebrochen. Die Radikalen lassen tiefer blicken: man habe den Streik nicht durchhalten können, weil die Genossen im Reich die österreichischen „im Stiche gelassen“ hätten, ebenso wie die Tschechen, die sich von dieser Gelegenheit noch nichts für ihr tschechisch-slowatisches Reich erhofften. Für die Arbeiter ist so gut wie nichts erreicht, für die „Kuriere Trozki“ (so nennt eine Korrespondenz den aus der russischen Gefangenschaft zurückgekehrten österreichischen Hauptmann Otto Bauer, einen Führer der Radikalen) immerhin einiges: die Staatsautorität ist weiter geschwächt, die maximalistischen Ideen sind gestärkt und ein wenig weiter nach Westen gewandert. Daß sie sich Österreich als Einfallspforte nach Mitteleuropa suchen, kann man vielleicht ebenso sehr Österreich wie denen zuschreiben, die es zu ihrem eigenen Schaden schon vor dem Kriege so wenig kannten. Macht „Mitteleuropa“ nicht einen Wall gegen den Osten aus Österreich, so macht der Osten eine Einfallspforte nach „Mitteleuropa“ aus ihm. Das war schon vor dem Kriege einigermaßen deutlich.

Diese Grundwahrheit, die aufs innigste mit jener oben erörterten Eigenart dieses in seinen wirklichen Kräften so konstanten, in seinem moralischen Zustand so beeinflussbaren Staates zusammenhängt, äußert sich wie im großen Zuge der politischen Entwicklung, so auch in jedem kleinen Zwischenfalle. Auch bei den letzten Ereignissen kam viel darauf an, was man aus ihnen machte. Die reichsdeutsche Öffentlichkeit (unter Beihilfe der gerade in österreichischen Dingen besonders schlecht unterrichteten und hilflosen Ämter) hat in diesem Falle verdorben, was irgend zu verderben war. Zunächst wurde man natürlich vollkommen überrascht und benahm sich sehr kopflos. Sodann kam aber auch das ganze Elend unseres politischen Lebens, das sich in innerer und Parteipolitik vollkommen erschöpft und dem auch die ernstesten außenpolitischen Vorgänge nur Mittel zu parteipolitischer Agitation sind, zum Vorschein. Die linksliberalen Blätter, voran das „Berliner Tageblatt“, aber auch die „Vossische Zeitung“, nützten ihre Berichte in so voraussetzungloser Weise für ihren Kampf gegen die „Annexionisten“ aus, daß selbst die „Arbeiterzeitung“, in deren Dienst sie sich doch restlos gestellt hatten, ihnen Irrtümer und Entstellungen vorwarf. Aber auch in der übrigen Presse war man zunächst hilflos: da zwei Tage lang nur ein Mitteilungsblatt der „Arbeiterzeitung“ erschien, herrschte überall die sozialdemokratische Auffassung der Ereignisse. Das schon am 19. Januar der christlichsoziale Parteivorstand eine scharfe Kundgebung gegen den Streik beschloß und daß es außer sozialdemokratischen Arbeitern auch noch andere, dem Streik widerstrebende Menschen in Wien und in Oesterreich überhaupt gab, war etwa für einen feindlichen Leser aus der reichsdeutschen Presse nirgend zu entnehmen. In jener Entschliebung hieß es: „Die gesamte nicht-sozialdemokratische Wiener Presse wurde mundtot gemacht, die Information der öffentlichen Meinung für eine politische Partei monopolisiert. Dieser Entwicklung

der Ereignisse hat die Regierung mit verschränkten Armen zugeesehen, sie sogar aktiv unterstützt. Die christlichsoziale Partei legt gegen diese terroristische Vergewaltigung der Mehrheit der Wiener Bevölkerung die schärfste und nachdrücklichste Verwahrung ein“. Besser als das Ausbleiben aller Nachrichten hätte gewiß die Wiedergabe solcher österreichischen Stimmen gewirkt. Aber es gibt ein unbekanntes Oesterreich, das in der sehr überschätzten Wiener „großen“ Presse nicht zu Worte kommt und deshalb höchstens gelegentlich für die gleichgesinnten Parteiblätter im Reiche, nicht aber für die weitere Öffentlichkeit und auch nicht für unser amtliches Wolff-Bureau vorhanden ist. Gerade die österreichische Berichterstattung der amtlichen Nachrichtenquelle bedarf einer dringenden Reform. Denn gerade dieses unbekanntes Oesterreich, das sich vor allem in den deutschen Provinzblättern spiegelt, ist das Bündnistreue. Es heißt unverantwortlich die eigenen Interessen vernachlässigen, wenn man gerade in der reichsdeutschen Presse, vor allem gegenüber dem Auslande, dieses Oesterreich nicht so zur Geltung bringt, wie es seinen wirtschaftlichen und kulturellen Kräften nach verdient. Man könnte es sich ersparen, die deutsch-feindlichen Angriffe der tschechischen, polnischen und südslawischen Abgeordneten mit Rücksicht auf das ohnehin sehr gut unterrichtete Ausland zu unterdrücken, wenn man die kräftigen Rundgebungen der deutschen Abgeordneten für das Bündnis genügend beachtete. Das gilt auch für die konservative Presse, die wiederum die österreichischen Dinge fast nur behandelt, wenn sie triftigen Anlaß zu reichsdeutscher Kritik bieten. Man brauchte die sehr beliebten österreichischen Empfindlichkeiten, zu der die allzeit beflissene große Wiener Presse sehr bereit ist, nicht zu befürchten, wenn man immer ganz sachlich und genau über Oesterreich unterrichtet. Man darf sich aber über diese gekränkten Erwiderungen nicht wundern, wenn man z. B. der „Zeit“ die Möglichkeit gibt zu behaupten: rechtsstehende Blätter meinten die Leitung der reichsdeutschen amtlichen Politik, wenn sie Oesterreich angriffen (benützten also Oesterreich gewissermaßen nur als Prügelknaben). Damit macht man freilich die Replik sehr leicht. Man könnte mit viel weniger zaghafter Offenheit über die österreichischen und über die gemeinsamen außenpolitischen Fragen, also auch über die innerösterreichischen, soweit sie die gemeinsame Außenpolitik berühren, sprechen, wenn man sich von Reichsdeutschland aus streng davor hütete, alle diese Fragen mit innerpolitisch-reichsdeutschen in Verbindung zu bringen. Daß die österreichische Presse ihrerseits in innerpolitische reichsdeutsche Dinge hineinredet, dürfte an diesem taktischen Grundsatz nicht irre machen. Voraussetzung dazu ist freilich, daß man die österreichischen Dinge besser kennt als bisher. Der Wiener Posten scheint immer noch von den Zeitungen (wie von den Ämtern) als besonders unwichtig betrachtet zu werden; fingerfertige Zeilenkünstler müssen genügen. Dabei ist gerade die Wiener Korrespondenz eines reichsdeutschen Blattes zurzeit die verantwortungsvollste unter den auswärtigen und bedarf gründlicher Vorbildung. Man darf sich nicht wundern, wenn die Verstimmung gegen Reichsdeutschland in Oesterreich nicht nur in den von Hause aus bündnisfeindlichen Schichten und Völkern ständig wächst, sondern auch bei den bündnisfreundlichen sich einzunisten beginnt. Der Deutsch-Oesterreicher ist überaus bereit, reichsdeutsche Führung anzuerkennen, wird aber durch die vollkommene Richtungslosigkeit der reichsdeutschen Öffentlichkeit wie der amtlichen Politik in österreichischen Fragen immer wieder aufs schwerste enttäuscht. Die bisher gegen Deutschland gehässig

hezende „Zeit“ hat diesmal Recht, wenn sie erklärt: vieles wäre besser, wenn man in Deutschland nicht so teilnahmslos und ununterrichtet Österreich gegenüber wäre. Die „unerfreulichen Pressevorgänge“, die an den Streif anknüpfend von Österreich ausgingen und von denen Kühlmann sprach, das teils hilflose, teils parteipolitisch blinde Verhalten der reichsdeutschen Presse, ihre Liebedienerei gegenüber der nicht sehr bündnisfreundlichen Wiener „großen“ Presse auf der einen Seite, ihre zum Teil schlecht zielende, schlecht unterrichtete, wenig vorbereitete Abwehr auf der anderen Seite, dieses ganze haltlose Hin und Wider zwischen Wien und Berlin hat wahrscheinlich den Feinden mehr Freude bereitet als die Wiener Ausstände selber.



## Neue Bücher

**Diedrich Bischoff:** „Vom vaterländischen Beruf der deutschen Freimaurer, ein Wort zum Kampf um Deutschlands Einheit.“ Berlin 1917, Alfred Unger. Geh. 4,80 M., geb. 6,— M.

Deutsche Freimaurer schreiben nicht oft Bücher freimaurerischen Inhaltes für größere Leserkreise, weil das zwecklos ist. Sie machen überhaupt keine Propaganda, sondern überlassen es den Menschen, aus eigenem Antriebe zu kommen. Die so Kommenden erhalten bereitwillig Aufklärung, und zwar so vollständig, als es die Natur der Sache ermöglicht. Wenn es darum zu tun ist, Freimaurerei kennen zu lernen, der muß Freimaurer werden; denn Freimaurerei ist kein Wissen, das sich popularisieren, in Lehrsätze fassen und einem Laienpublikum in kurzen Formeln zugänglich machen läßt. Nicht durch Wort und Schrift, sondern nur durch ihr Leben und Wirken können Freimaurer für Freimaurerei werden. Jeder Fernstehende wird aber den Kern des Freimaurertumes und die Grundlagen seiner „Geheimnisse“ aus der Lebensarbeit und dem Verhalten des Freimaurers seinen Mitmenschen gegenüber erkennen können. Dieses Verhalten der deutschen Freimaurer der Öffentlichkeit gegenüber hat sich bewährt. Es hat aber auch manche unerfreuliche Folgen gehabt. Heftige Angriffe mit vielen falschen Beschuldigungen von seiten der natürlichen Gegner sind von jeher an der Tagesordnung gewesen. Die Versuche, sie zu widerlegen, hätten aber wenig Aussicht auf Erfolg gehabt; denn der grundsätzliche Gegner läßt sich nicht versöhnen und sein gedankenloser Nachbeter ist nimmer zu überzeugen. Solche Angriffe haben in jüngster Zeit in verschärfter Form wieder eingesetzt, und täglich kann man sie in zahllosen Zeitungen lesen. Trotz „Burgfriedens“ beschuldigt man auch die deutschen Freimaurer, daß sie im Grunde genommen nicht besser seien, als die romanischen und angelsächsischen; daß sie, wenn auch in anderen Formen und in anderen Mäßen, Politik treiben; daß sie den Staat, die Kirchen, die Religion untergraben; daß sie tatsächlich auch auf der Grundlage der Idee einer Welt-herrschaft der Freimaurerei stehn oder ihr zustreben; daß sie den Staat von der Kirche trennen, das Schulwesen beherrschen und in ihm religionslose Moral zur Herrschaft bringen wollen; daß sie also staatsgefährlich und kirchenfeindlich seien und deshalb aufs heftigste bekämpft werden müßten. Da fragte man sich in freimaurerischen Kreisen, ob denn die Erörterung freimaurerischer Fragen in der Öffentlichkeit nicht geradezu zur Pflicht werde, um die, welche sich über die Freimaurerei überhaupt noch aufklären lassen wollen, eines Besseren zu belehren. Diese Frage wird aber auch heute noch verschieden beantwortet. Die einen reden der „Außenarbeit“ lebhaft das Wort; sie halten es für vaterländische Pflicht